

Naturschutzbund fordert Stopp des geplanten Kraftwerksausbaus im Kaunertal

Der Naturschutzbund Österreich lehnt den geplanten Ausbau des Kraftwerks Kaunertal ab. Er hat dazu eine Stellungnahme im laufenden UVP-Verfahren bei der Tiroler Landesregierung eingereicht. Die Organisation warnt vor schweren und dauerhaften Schäden für Natur und Bevölkerung.

Hauptkritikpunkte des Naturschutzbundes Österreich:

- Rund 120 Hektar alpine Böden und großflächig geschützte Lebensräume würden zerstört.
- Über 7 Hektar Moor- und Feuchtgebiete wären betroffen – der größte bekannte Moorverlust Mitteleuropas.
- Seltene Tier- und Pflanzenarten wären gefährdet, einzelne Populationen könnten verschwinden.
- Ein unberührtes Hochtal würde landschaftlich stark verändert.
- Maßnahmen zur Schadensvermeidung oder -kompensation sind unzureichend.
- Erholung, Tourismus und Lebensqualität der Region wären beeinträchtigt.
- Moore sind wichtige Kohlenstoffspeicher. Ihre Zerstörung gefährdet Klimaziele auf EU- und Bundesebene.
- Naturverträgliche Alternativen wurden unzureichend geprüft.

Das Projekt widerspricht mehreren nationalen und internationalen Schutzvorgaben, darunter:

- Alpenkonvention
- RAMSAR-Konvention
- EU-FFH-Richtlinie
- EU-Wasserrahmenrichtlinie
- EU-Wiederherstellungsverordnung
- Österreichische Moorschutzstrategie 2030+

„Der Naturschutzbund befürwortet erneuerbare Energien, jedoch nur in Einklang mit Natur- und Artenschutz. Das geplante Projekt im Kaunertal ist aus naturschutzfachlicher Sicht abzulehnen“, sagt Thomas Wrbka, Präsident des Naturschutzbundes Österreich. „Die Gesamtkapazität österreichischer Speicherkraftwerke ist im europäischen Vergleich bereits sehr hoch. Ein Ausbau der Kraftwerksgruppe Sellrain-Silz würde die im Platzerstal vorgesehene Leistung vollständig kompensieren und zusätzliche Flexibilität für die Energieversorgung Tirols schaffen – ohne dabei unberührte Natur zu zerstören.“ Stefanie Pontasch, Vizepräsidentin des Naturschutzbundes Österreich ergänzt: „Die Energiewende darf nicht auf Kosten sensibler Alpenräume erfolgen.“

Die vollständige Stellungnahme ist [HIER](#) verfügbar.

10.09.2025

